

Christoph Lütge | Michael Esfeld

UND DIE FREIHEIT?

Wie die Corona-Politik und
der Missbrauch der Wissenschaft
unsere offene Gesellschaft bedrohen

riva

© 2021 des Titels »Und die Freiheit?« von Christoph Lütge und Michael Esfeld (ISBN 978-3-7423-1909-8) by riva Verlag,
Münchner Verlagsgruppe GmbH, München. Nähere Informationen unter: www.m-vg.de

PROLOG

Der Mensch solle aus den Fehlern der Vergangenheit für künftige Entscheidungen lernen, heißt es. Der Satz könnte aber auch lauten, dass wir nicht nur aus den Fehlern lernen, sondern vor allem auch aus dem, was schon vor langer Zeit richtig gemacht wurde. Genau das aber war während der Coronakrise nicht der Fall, es wurde vielmehr versucht, die Vergangenheit außer Acht zu lassen – und völlig neue Fehler zu begehen. Denn im Grunde wussten die Menschen schon vor Jahrzehnten, wie mit einer Pandemie umzugehen ist. Bei der Asiatischen Grippe in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre und der Hongkong-Grippe Ende der Sechzigerjahre etwa war es Konsens in der Wissenschaft, dass man gegen die Ausbreitung der Viren medizinisch vorzugehen habe. Das bedeutet, dass man diejenigen Personen behandeln muss, die medizinischer Behandlung bedürfen. Hinzu kamen in zweiter Linie allgemeine Hygieneempfehlungen, etwa das regelmäßige Waschen der Hände und das regelmäßige Lüften der Räume. Ferner weitere Empfehlungen, wie zum Beispiel, Abstand zu anderen Menschen zu halten oder sich nicht in Situationen zu begeben, in denen man bewusst oder unabsichtlich andere ansteckt. Diese Punkte blieben Stand der Wissenschaft über die folgenden Jahrzehnte – und zwar bis in das Jahr 2019. Als dann Ende des Jahres das Coronavirus sich von China aus zu verbreiten begann und Anfang 2020 auch unsere westliche Welt erreichte, fand plötzlich ein völliger Strategiewechsel um 180 Grad statt.

Nun wurde nämlich gesagt, dass man der Ausbreitung nicht mit medizinischem Handeln und Hygieneempfehlungen entgegenwirken könne, sondern dass man das Virus mit politischen Maßnahmen bekämpfen müsse. Es sollten also nicht die Mediziner mit ihrem Expertenwissen gegen die Ausbreitung vorgehen, sondern es sollten die Politiker im Grunde deren Rolle übernehmen, und zwar mit repressiven politischen Maßnahmen. Das bedeutet wiederum auch, dass dieser Strategiewechsel nicht mit medizinischen Fakten begründet werden kann. Denn die medizinischen Fakten wie insbesondere die Infektionssterblichkeitsrate liegen bei COVID-19 in derselben Größenordnung wie bei der Asiatischen Grippe der Jahre 1957/58 und der 1968 ausgebrochenen Hongkong-Grippe. Zudem sind bei Covid-19 die Risikogruppen viel klarer eingegrenzt als bei den früheren Virenausbrüchen, nämlich vorwiegend ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Für alle anderen liegt die Gefährlichkeit des Coronavirus im Bereich der üblichen Grippeisiken. Daran ändern auch die – für Viren generell normalen – Mutationen nichts, die im fortgeschrittenen Stadium der Krise von Politikern immer wieder gerne bemüht werden: Diese Mutationen haben sich bereits in vielen Ländern (etwa Schweden oder Dänemark) weit verbreitet, ohne dass sich Todeszahlen oder ernsthafte Erkrankungen dort signifikant erhöht hätten (im Gegenteil). Und wer behauptet, diese Mutationen seien so viel gefährlicher, muss das belegen. Nicht umgekehrt. Sonst könnte man ja immer behaupten, wegen einer vermeintlichen, möglichen Gefahr müsse man in einer bestimmten Weise reagieren. Ob mit oder ohne Mutationen, das Coronavirus ist in allererster Linie für Hochbetagte mit Vorerkrankungen gefährlich. Doch all das wurde ignoriert und mündete schließlich in das große Scheitern, das wir inzwischen beobachten mussten.

KAPITEL 1

STAATSVERSAGEN – RESÜMEE EINES ZUSAMMENBRUCHS

Im März 2020 war klar, dass die epidemiologische Faktenlage mit früheren Virusausbrüchen vergleichbar war. Doch die Reaktionsweise darauf war eine vollkommen andere. Ein Faktor, der dabei eine Rolle spielte, war sicher die seinerzeit aufkommende oder sich verstärkende Panik. Die wiederum beruhte unter anderem darauf, dass die Medien Fotos verbreiteten, die Angst erregten. Politiker dachten vor diesem Hintergrund, sie könnten es sich nicht leisten, dass auch in unseren Krankenhäusern Fotos wie jene entstehen könnten, die damals unter anderem aus Italien, etwa aus dem schon fast sprichwörtlich gewordenen Bergamo, zu uns drangen. Wissenschaftler sollten eigentlich diejenigen sein, die auch in solchen Situationen einen kühlen Kopf bewahren und nicht in Panik verfallen. Ihre Aufgabe ist es, binnen kurzer Zeit die Faktenlage zu überprüfen, um dann die geeigneten Reaktionsmöglichkeiten zu erwägen. Die derzeitige Faktenlage war nämlich vergleichbar mit den früheren Ausbrüchen, zudem hat es in den vergangenen Jahrzehnten durchaus bemerkenswerte Fortschritte sowohl in

medizinischer als auch in technischer Hinsicht gegeben. Wir haben heute wesentlich schnellere Mittel der Kommunikation, wir müssen nicht mehr einen Brief auf eine lange Reise schicken und dann auf Antwort warten. Wir können über Computer kommunizieren, uns etwa per Video-Schleife direkt mit Menschen aus völlig anderen Regionen der Erde unterhalten und uns ohne zeitliche Verzögerung auf den neuesten Stand bringen. All dies könnte unter anderem etwa zur Überlegung führen, ob man nicht die medizinische Strategie wechseln solle oder müsse. Doch das fand eben nicht statt. Stattdessen wählte man einen radikalen Strategiewechsel: weg von der Medizin hin zu politischen Maßnahmen. Ein solcher Strategiewechsel kann aber nie allein durch medizinische Fakten begründet werden.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst ein Fachbegriff zu erwähnen: die Non-pharmaceutical interventions (NPIs), die nicht pharmazeutischen Interventionen. Es handelt sich also um Eingriffe, die nicht darin bestehen, beispielsweise Medikamente einzunehmen oder Menschen zu impfen. Allgemeine Hygieneempfehlungen wie etwa Hände waschen und Räume lüften sind solche nicht pharmazeutischen Interventionen, da sie Anweisungen an die ganze Gesellschaft sind. Der springende Punkt ist der Übergang von Hygieneempfehlungen zu politischen Anordnungen. Ein Beispiel dafür stellen die mittlerweile hinlänglich bekannten Lockdowns dar oder etwaige Ausgangsbeschränkungen sowie die Pflicht, in Innenräumen, zum Teil sogar in Außenbereichen, Masken zu tragen, die für uns alle inzwischen zu einem alltäglichen Begleiter geworden sind. Genau solche Maßnahmen aber waren es, die zuvor ausdrücklich nicht empfohlen wurden – das gilt nicht zuletzt auch für die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Koordinierungsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen.

Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass es einige medizinische Experten aus dem Bereich der Virologie gab, auf die plötzlich sehr stark gehört wurde, wie beispielsweise Christian Drosten, Virologe und Institutsdirektor an der Berliner Charité, dazu zählen aber auch die sogenannten Modellierer. Zu nennen ist hier insbesondere Neil Ferguson vom Imperial College in London, der in seiner Studie von Mitte März 2020 Berechnungen vorlegte, nach denen in den Vereinigten Staaten rund 2,2 Millionen und in Großbritannien 500 000 Menschen an den Folgen von Covid-19 sterben könnten, wenn die Politik keine Gegenmaßnahmen ergreife. Hinzu kamen noch weitere Personen, die speziell aus dem virologischen Lager stammen. In der Folge ist es dann zu einer sehr starken Einseitigkeit in der Debatte gekommen. Letztlich war es somit zwar nicht ein rein politischer Strategiewechsel. Vielmehr haben die Politiker sich sehr früh diejenigen Wissenschaftler gezielt herausgesucht, die bereit waren, einen Strategiewechsel von medizinischen zu repressiven politischen Maßnahmen mitzutragen.

Dahinter verbarg sich wiederum jene Panik, die den Beginn des Corona-Ausbruchs begleitete. Auch die Politiker sahen die Bilder aus dem chinesischen Wuhan oder aus Italien, und sie stellten sich die Frage, ob so etwas auch bei uns geschehen könnte. Weil es aber bei uns nicht geschehen durfte, hat sich vor diesem Hintergrund eine gewisse Eigendynamik entfaltet. In der Folge kam es zu massiven Grundrechtseinschränkungen. Schulen wurden geschlossen, Menschen in Quarantäne gesteckt, Ausgangsbeschränkungen und nächtliche Ausgangssperren und sogar Berufsverbote verhängt. Bestimmte Berufsgruppen – viele Selbstständige, Künstler und Veranstalter können ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben, mancher Kulturbetrieb wird nach dem Ende der Maßnahmen nicht wieder

öffnen, weil ihm in der Zwischenzeit die finanziellen Mittel ausgegangen sind. Womöglich werden die Menschen an den Wochenenden auf absehbare Zeit nicht mehr die gewohnten Musikclubs besuchen können, weil es sie einfach nicht mehr gibt. Der bekannte Münchner Club Pacha machte im März 2021 mit einer stadtweiten Plakatkampagne darauf aufmerksam, dass Clubs seit mittlerweile 365 Tagen geschlossen sind. Auch das geht nicht ohne Spuren an den Menschen vorbei, es belastet viele mittlerweile massiv. Feiern gehört zum Leben dazu, ein zeitweises Aussetzen versteht man – aber nicht einen kompletten Shutdown über ein ganzes Jahr.

Auch bei der Tatsache, dass Menschen ihre Familienmitglieder nicht mehr treffen dürfen, handelt es sich um einen massiven Eingriff in die Grundrechte und auch in die Menschenwürde. Einen Eingriff, den es in Friedenszeiten in unserer modernen Geschichte so noch nicht gegeben hat. Was stattgefunden hat, war also nicht einfach die Wahl einer anderen Vorgehensweise als in der Vergangenheit, sondern der Wechsel von medizinischer zu politischer Bekämpfung der Ausbreitung des Virus, der durch die medizinischen Fakten nicht begründet werden kann. Doch je strikter man vorgeht, desto bessere Begründungen für dieses Vorgehen müssen auch geliefert werden.

Letztendlich ist es notwendig, die verschiedenen Aspekte des Problems zu begreifen. Genau das war bis zu diesem Zeitpunkt auch unter den Wissenschaftlern, besonders den Epidemiologen Konsens. Lassen wir die über fünfzig Jahre zurückliegende Hongkong-Grippe einmal außer Acht: Es gab danach noch weitere Epidemien wie etwa die Schweinegrippe, eine beim Menschen pandemisch aufgetretene virale Atemwegserkrankung, in den Jahren 2009 und 2010, die sich als aufgeblasene Panikmache herausstellte. Auch damals wurde

Impfstoff gekauft – der anschließend entsorgt – spricht: weg-
geworfen – wurde. Daraus hätte man lernen müssen. Den-
noch wurden im Jahr 2020 plötzlich andere Schlussfolgerungen
gezogen.

Noch im März 2020 allerdings erklärte das Bundesgesund-
heitsministerium unter anderem über die sozialen Medien, es
gehe das Gerücht um, dass man im großen Stile Grundrechts-
einschränkungen einzuführen plane. Das entspreche jedoch
nicht den Tatsachen, sei einfach falsch – die Menschen wur-
den aufgefordert, den »unsinnigen« Gerüchten keinen Glau-
ben zu schenken. Was aus heutiger Sicht an die Aussagen des
ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht vom
Juni 1961 erinnert, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu
bauen.

Aber zurück zu dem eigentlichen Punkt: Es gab einen tief-
greifenden Strategiewechsel, für den eine Legitimation
benötigt wurde, die allerdings auf normalem demokratischem
und rechtsstaatlichem Wege nicht zu erreichen war. Denn die-
ser Weg beruht darauf, dass die Grundrechte anerkannt wer-
den. In einem demokratischen Rechtsstaat können Grund-
rechte nämlich nicht generell eingeschränkt werden, und es ist
auch nicht möglich, den Menschen vorzuschreiben, wie sie
ihre sozialen Kontakte zu gestalten haben, oder die Ausübung
ihres Berufs zu verwehren. Daher musste also die Wissen-
schaft erhalten, um all dies zu legitimieren. Die Wissenschaft
aber kann dieses Vorgehen nur dann legitimieren, wenn sie
unter politischem Druck steht und ihr Vorgehen ändert:
Wissenschaft arbeitet nämlich immer so, dass aufgrund der
Faktenlage verschiedene Handlungsstrategien mit stich-
haltigen Gründen diskutiert werden, weil keine bestimmte
Handlungsstrategie aus den Fakten folgt. Mit diesem Vor-
gehen lassen sich aber nicht politische Zwangsmaßnahmen

legitimieren. Es gibt innerhalb der Wissenschaft – gerade im Kreis der Virologen und Epidemiologen – solche, die ein rein medizinisches Vorgehen für richtig halten wie bei allen früheren Virusausbrüchen. Ihnen gegenüber stehen andere – Drossten in Deutschland, Ferguson in Großbritannien –, die schon immer politische Maßnahmen zur Virusbekämpfung befürwortet hatten. Damit nun Wissenschaft als Legitimation für politische Zwangsmaßnahmen herhalten konnte, musste letztere Gruppe so in der Öffentlichkeit präsentiert werden, dass sie für die Wissenschaft als Ganzes spricht und diejenigen, die das traditionelle Vorgehen forderten, verleumdet und diffamiert wurden. Aus politischen Gründen wird also die Wissenschaft selbst politisiert. An die Stelle der wissenschaftlichen argumentativen Auseinandersetzung tritt Verleumdung und Diffamierung durch die Wissenschaftler, die bereit sind, der Regierung nach dem Munde zu reden.

Die Rolle, die der Wissenschaft damit übertragen wurde, ist letztlich antiwissenschaftlich. Denn wenn die Politik verschiedene Wissenschaftler zu Worte kommen lassen würde, von denen einige sagen, man solle genau das machen, was die Politik empfehle, während andere genau davor warnen, würde das Legitimationsgebäude zusammenbrechen. Die Legitimation durch die Wissenschaft funktioniert nur dann, wenn die Wissenschaft als monolithischer Block dargestellt wird. Darum mussten und müssen die kritischen Stimmen unterdrückt oder gar verleumdet werden. Genau das haben wir erlebt, statt der sonst üblichen breiten Diskussion über verschiedene Interpretationen und Umgangsweisen. Die Wissenschaft sollte letztlich etwas legitimieren, das sich demokratisch nicht legitimieren ließ – und dazu mussten abweichende Meinungen in der wissenschaftlichen Community unterdrückt werden. Jeder bis März 2020 noch so anerkannte und

Staatsversagen

ausgezeichnete Wissenschaftler wurde, sobald er etwas gegen politische Repressalien zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus sagte, ins Abseits gedrängt.

KAPITEL 2

GEHT DOCH! EIN KURZER BLICK DORTHIN, WO ES BESSER LÄUFT

Deutschland ist nur eines von vielen Ländern der Welt, die von der Pandemie betroffen worden sind. Der Blick auf andere Länder zeigt, dass es durchaus andere und nicht zuletzt bessere Wege zur Bekämpfung und Eindämmung des Virus als den bei uns beschrittenen gibt. Natürlich gab es von Land zu Land Unterschiede. Nur waren diese nicht daran festzumachen, ob ein Land einen Lockdown verhängt hatte oder nicht. Eine Zusammenfassung aller diesbezüglichen Studien, die bis Ende 2020 verfügbar waren, gibt ein Artikel der Mediziner Eran Bendavid, John Ioannidis und anderen, der am 5. Januar 2021 online in der Zeitschrift *European Journal of Clinical Investigation* veröffentlicht wurde. Es erscheinen ständig weitere Studien, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen – zum Beispiel im März 2021 eine Studie in *Nature Scientific Reports*, die nachweist, dass es keinen statistisch signifikanten Unterschied gibt zwischen Ländern, die mit Lockdowns ihre Bevölkerung dazu gezwungen haben, sich weitgehend zu Hause aufzuhalten, und Ländern, die dieses nicht getan haben.

Anders gesagt: Man legt Personen die relevanten Daten zum Infektionsgeschehen aus rund 30 Ländern vor. Anhand dieser Daten lässt sich nicht ersehen, welche Länder einen Lockdown praktiziert haben und welche nicht. Lockdowns führen somit zu keinen statistisch nachweisbaren Wirkungen in der Bekämpfung der Ausbreitung des Virus.

Ein gutes Beispiel dafür sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Denn dort gab es nicht in jedem Bundesstaat die gleichen Vorgehensweisen. Dort hat es Bundesstaaten gegeben, die nie einen Lockdown gemacht und außerdem nicht einmal zu Maßnahmen wie etwa dem verpflichtenden Tragen von Masken gegriffen haben. Das wohl beste Beispiel in diesem Zusammenhang stellt South Dakota dar. Dort wurden nie entsprechende Maßnahmen ergriffen. In North Dakota war hingegen genau das der Fall – dort gab es einen Lockdown und eine Maskenpflicht. Die Infektionszahlen in Bezug auf Covid-19 waren jedoch in den beiden benachbarten Bundesstaaten ähnlich, lagen in South Dakota teilweise sogar niedriger. Ein zweiter Vergleich betrifft die Bundesstaaten Florida und Kalifornien. Beide liegen zwar sehr weit voneinander entfernt und an unterschiedlichen Küsten der USA, vergleichbar sind sie jedoch wegen des ähnlichen warmen Klimas. In Florida setzte man zunächst auf einschränkende Maßnahmen. Im September 2020 jedoch entschied der Gouverneur von Florida, diese Maßnahmen einzustellen – inklusive der Maskenpflicht. Vonseiten namhafter Virologen wurde schnell Kritik an diesem Vorhaben laut. In wenigen Wochen werde Florida es mit Bergen von Leichen zu tun haben, hieß es. Die Zahlen blieben jedoch niedrig, es trat letztlich das Gegenteil von dem ein, vor dem manche Experten gewarnt hatten. Der Gouverneur von Florida berät sich regelmäßig mit denjenigen führenden Wissenschaftlern in den USA, die ein rein medizinisches

Vorgehen empfehlen – wie man sieht, mit Erfolg. Inzwischen haben sich weitere US-Bundesstaaten aus den Maßnahmen ausgeklinkt. Bis Mitte März 2021 haben nicht weniger als 19 Bundesstaaten alle Maßnahmen entweder eingestellt, nie eingeführt oder für sie ein festes Ablaufdatum gesetzt.

Doch man braucht nicht einmal so weit in die Ferne zu schauen. Wesentlich näher liegt das Beispiel Schweden. Dort wählte man von Anfang an den Weg weniger beziehungsweise keiner Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Dabei beging man jedoch sehr früh einen Fehler, durch den das schwedische Modell nicht zuletzt in den Mainstream-Medien immer wieder als kritikwürdiges Beispiel herangezogen wurde. Dieser Fehler bestand darin, dass man zunächst die Alten- und Pflegeheime in der Region Stockholm nicht ausreichend schützte. Was insbesondere zu Beginn zu einer höheren Todesrate führte. Aus heutiger Sicht und mit Blick auf die zweite und dritte Coronawelle befindet sich Schweden im Hinblick auf die Zahl der Toten im Verhältnis zur Bevölkerung jedoch auf einem ähnlichen Level wie Deutschland. Und das ohne all die Maßnahmen, an die wir uns hierzulande haben gewöhnen müssen. Für Bahnen und Busse gibt es inzwischen zwar eine Empfehlung, Masken zu tragen – der jedoch nur eine Minderheit folgt. Auf Gehwegen und in Geschäften finden sich Hinweise, den Mindestabstand einzuhalten, woran sich die Mehrheit hält.

Für Deutschland heißt es immer wieder, so etwas könnte bei uns nicht funktionieren, da es sich bei Schweden ohnehin um ein nur sehr dünn besiedeltes Land handle. Tatsächlich leben in Schweden proportional aber mehr Menschen in Städten als in Deutschland. Und gerade die Region Stockholm ist von der Bevölkerungsdichte durchaus mit deutschen Großstädten zu vergleichen. In Schweden wurde ein Experiment gemacht, und die vorliegenden Zahlen lassen nicht den Schluss zu, dass es

dort falsch gelaufen ist. Im Gegenteil, Schweden schneidet ohne politische Zwangsmaßnahmen nicht schlechter ab als Deutschland mit staatlichen Verordnungen.

Was wiederum den Schluss zulässt, dass es eben der falsche Weg ist, Virusausbrüche politisch, das heißt mit politischen Maßnahmen bekämpfen zu wollen. Diese Fehler hätte man bei uns längst erkennen beziehungsweise eingestehen müssen – um wieder den bekannten und bekannt erfolgreichen Weg einzuschlagen, dass Virusausbrüche medizinisch zu bekämpfen sind.

Und dazu noch ein letzter Blick in Richtung Schweden: Bei der Übersterblichkeit im Jahr 2020 schnitt Schweden besser als zwei Drittel der europäischen Staaten ab. Es wird nämlich immer wieder auch behauptet, die Zahlen in Schweden seien schlechter als die in den Nachbarländern Norwegen und Finnland. Tatsächlich lassen sich etwaige Unterschiede jedoch nicht mit grundsätzlich unterschiedlichen Herangehensweisen begründen. Norwegen und Finnland hatten zwar zu Beginn der Krise Lockdowns verhängt, sie dann aber recht schnell beendet und diesen Weg für lange Zeit nicht weiterverfolgt. Bis Mitte März 2021 hatte Norwegen sogar liberalere Maßnahmen als Schweden. Finnland wiederum hat zwar Anfang 2021, vermutlich aus politischen Gründen, einige Verschärfungen eingeführt – vorher aber gab es auch dort keine Maßnahmen, dafür aber noch niedrigere Fallzahlen als bei den Nachbarn. Wer also die schwedische Situation als Argument verwendet, um Kritik an zu viel Offenheit zu üben, der muss dann auch erklären können, warum Länder mit noch geringeren Einschränkungen, als es in Schweden der Fall ist, noch geringere Corona-Infektionszahlen aufweisen.

KAPITEL 3

UNVERHÄLTNISSMÄSSIG UND MITTELALTERLICH – DER FLÄCHENDECKENDE LOCKDOWN

Grundsätzlich stehen dem Staat Möglichkeiten zur Verfügung, die Grundrechte der Bevölkerung einzuschränken – im Falle eines Notstands. Dieser Notstand allerdings ist vonseiten des Staates zu begründen. Der Staat muss also begründen, *warum* ein Notstand vorliegt. Und vor dem Hintergrund der inzwischen hinlänglich bekannten Corona-Maßnahmen hätte auch begründet werden müssen, warum besagter Notstand über einen derart langen Zeitraum vorliegt.

Auch das ist zu berücksichtigen, wenn von der Wissenschaft die Rede ist. Schließlich leben die Menschen mit diesem Notstand seit mittlerweile mehr als einem Jahr. Das hat es in dieser Form noch nie gegeben. Selbst vorübergehende oder kurzfristige Grundrechtseinschränkungen sind in der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nur sehr schwer zu finden. Allein die Ermöglichung solcher Einschränkungen

durch die Notstandsgesetze Ende der Sechzigerjahre mündete in Deutschland in die massiven Proteste der 68er-Bewegung.

Um solche Einschränkungen in der Coronakrise auf einem ganz neuen Niveau einführen zu können, wurde die Wissenschaft systematisch missbraucht. Renommierteste Wissenschaftsorganisationen wie zum Beispiel die Leopoldina haben sich darauf leider eingelassen – und kritische Stimmen bewusst und gezielt ausgeblendet.

Wissenschaft ist immer eine Debatte, in der es verschiedene Positionen gibt. Aufgrund vorliegender Daten lassen sich verschiedene Positionen herausstellen, es gibt also mehrere Interpretationen, die diverse Handlungsmöglichkeiten beinhalten. Außerdem kann innerhalb der Wissenschaft nicht mit einer wie auch immer gearteten Autorität entschieden werden, welche der vielen Möglichkeiten die richtige Handlungsmöglichkeit darstellt. Es werden vielmehr Argumente ausgetauscht, und es ist immer so, dass unterschiedliche Möglichkeiten des Umgangs mit einem Thema oder Problem bestehen bleiben. Im Falle des Coronavirus gab es die Möglichkeit, entweder auf Basis traditioneller oder politischer Maßnahmen vorzugehen. Würde man nun in eine normale wissenschaftliche Debatte eintreten, käme man an dieser Stelle zum Erliegen. Eine Gruppe von Wissenschaftlern würde für Lockdowns plädieren, eine andere hingegen davor warnen. Genau an diesem Punkt war man tatsächlich auch im März 2020 angelangt. Da gab es auf der einen Seite etwa Professor John Ioannidis von der Stanford-Universität, der am 17. März 2020 erklärte, mit rigiden Maßnahmen würde man sehr viel zerstören, ohne dass es für dieses Handeln eine Datengrundlage gäbe. Dieser Haltung widersprachen andere Forscher. Das also war eine typische wissenschaftliche Debatte. Hätte man diese Debatte weiterlaufen lassen, dann hätten am Ende alle etwas daraus